

Der European Green Deal – Europas Chance, internationaler Klimavorreiter zu werden?

Wer Rechtswissenschaft studiert, beschäftigt sich intensiv mit der Anwendung von Recht. Der Inhalt von Rechtsnormen wird als gegeben hingenommen, deren Entstehung allenfalls in rein formaler Hinsicht behandelt. Man verliert so leicht das Bewusstsein dafür, dass Recht gestaltet werden muss und oft das Ergebnis eines langwierigen Verhandlungsprozesses ist. Das gilt umso mehr für EU-Recht, das die Interessen von 27 Mitgliedstaaten unter einen Hut bringen muss. Um Studierenden diesen spannenden Prozess näher zu bringen, fand dieses Semester wieder die Model European Union Conference (MEUC) statt. 55 Teilnehmerinnen und Teilnehmer vertraten in Teams die Mitgliedstaaten in einer simulierten Sitzung des Rats der EU – selbstverständlich online.



Die MEUC wird seit 2006 an der Humboldt-Universität angeboten und seit einigen Jahren vom Lehrstuhl von Herrn Professor Matthias Ruffert betreut. Im Wintersemester wird typischerweise eine Verhandlung des Rats zu einem im Kern realen Gesetzesvorhaben in englischer Sprache simuliert. Studierende bereiten sich intensiv auf die Sitzungen vor und können so Europarecht aus einer neuen Perspektive betrachten. Sie recherchieren die Position des vertretenen Mitgliedsstaates zu dem behandelten Gesetzesentwurf, um diese während der Simulation möglichst realitätsnah zu vertreten. Dabei üben sie ihr diplomatisches Geschick, Verhandlungstechnik und rhetorische Fähigkeiten.

Dieses Semester ging es um den Entwurf zu einem europäischen Klimagesetz, das im März 2020 von der Kommission im Rahmen des *European Green Deals* vorgeschlagen wurde. Darin werden verbindliche Ziele für die EU-weite Reduktion von Treibhausgasemissionen festgelegt. Europa soll so bis zum Jahr 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden. Die Details sind freilich umstritten.

Zu Beginn der Debatte wollte die bulgarische Delegation das Klimaneutralitätsziel auf das Jahr 2060 verschieben, um die osteuropäischen Staaten, die insgesamt überdurchschnittlich viel Strom aus fossilen Energieträgern verbrauchen, nicht zu benachteiligen. Dieser Vorschlag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt – das Versprechen eines klimaneutralen Europas bis 2050 ist in der Öffentlichkeit bereits zu präsent. Genauso kontrovers war aber der Weg dorthin. Die Meilensteine der Jahre 2030 und 2040 wurden in mehreren formellen und informellen Diskussionsrunden debattiert. Die Bandbreite der Positionen war groß. Am Ende

stand die Verpflichtung zur Reduktion von Treibhausgasen um 55 % bis zum Jahr 2030 und 80 % bis 2040. Die Bezugsgröße bilden dabei jeweils die Emissionswerte des Jahres 1990. Sehr umstritten war auch die Frage um Sanktionsmöglichkeiten für Mitgliedstaaten, die sich nicht an die beschlossenen Verpflichtungen halten und die Rolle des Vertragsverletzungsverfahrens für deren Durchsetzung. Den Studierenden wurde klar, welche komplexen Probleme durch unpräzise Formulierung oder Strukturierung in Gesetzestexten aufgeworfen werden können. Sehr erfreulich war der Ideenreichtum der Delegationen: Es wurden weit mehr Änderungsanträge eingereicht, als in der zweitägigen Verhandlung besprochen werden konnten. Am Ende stand ein Gesetzesentwurf, der fast durchgängige Zustimmung fand – Lediglich Finnland konnte sich nicht zu einer Ja-Stimme durchringen, da die Reduktionsziele der Delegation nicht ambitioniert genug waren. Für den Erfolg der Konferenz war nicht zuletzt der Ratsvorsitz verantwortlich, der wie jedes Jahr auch mit Studierenden besetzt ist. Er führte souverän durch die Debatte und bewies Flexibilität und Kreativität im Umgang mit den Tücken einer Online-Verhandlung.

Die Konferenz wurde auch dieses Jahr wieder durch einen vorgeschalteten Impulsvortrag mit anschließender Fragerunde ergänzt. Delara Burkhardt (SPD) sprach über ihre Arbeit als Abgeordnete des Europäischen Parlaments und gab interessante Einblicke in den dortigen Verhandlungsprozess zum European Green Deal, die auch Einfluss in die anschließende Debatte fanden. Frau Burkhardt ist Mitglied der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament und des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.

Interessierte finden das Endergebnis auf der MEUC-Website des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Europarecht. Dort werden in Kürze auch der Termin und das Thema für die MEUC im Sommersemester 2021 bekannt gegeben.

Besonderer Dank gilt Frau Delara Burkhardt für ihren Einführungsvortrag sowie der Friedrich-Ebert-Stiftung, allen voran Frau Lehmann. Zwar konnten nicht wie sonst die Räumlichkeiten der Stiftung für die Konferenz genutzt werden, doch ohne ihre Unterstützung wäre der Einführungsvortrag nicht zustande gekommen. Vor allem aber gilt es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu danken: Sie haben die Model European Union Conference auch in diesem Jahr zu einer spannenden, lehrreichen und unterhaltsamen Lehrveranstaltung jenseits des starren juristischen Lehrplans werden lassen.

Bericht und Bild: Philipp Keul & Jasper Kamradt